

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 58477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13698. — **Berlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — **Telephon** 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorkauf 2.80 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.60 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Das Ultimatum der Alliierten. Besetzungen und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen.

Paris, 3. März. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas glaubt in der Lage zu sein, über das von den alliierten Vertretern unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können:

1. Die deutschen Vorschläge werden für unannehmbar erklärt.
2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage für die Besetzung bleiben, wobei wohlgeachtet die beiden Parteien sich über die Durchführungsmodalitäten verständigen können.
3. Die deutsche Abordnung wird vor eine Höchstfrist von vier Tagen gestellt, um ihre Annahme des Abkommens vom 29. Januar kundzugeben.
4. Falls sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, würden die Alliierten zwei rheinische Kohlenhäfen besetzen. Wenn Deutschland weiterhin bei seiner Ablehnung verharrt, würde es außerdem von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen betroffen werden, wie zum Beispiel: a) Erhebung der Hälfte des Erlöses aus den Verkäufen Deutschlands im alliierten Ausland; b) Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, die das linke Rheinufer vom restlichen Deutschland trennt, und zwar unter der Aufsicht der Reparationskommission.

Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.

In das Exekutivkomitee der Arbeitsgemeinschaft wurden in der Schlußsitzung der Wiener internationalen Konferenz gewählt: Crispian, Ledebour (Deutschland), Wallhead Shinwell (England), Braud, Longuet (Frankreich), Adler, Starak (Österreich), Martow, Schreiber (Rußland), Graber, Grimm (Schweiz), Kojanin (Jugoslawien), Wiklin (Dänemark), Januschewicz (Litauen), Kaplanow (Polen), Piskiner (Rumänien), Egermac (Tschecho-Slowakei), Kunft (Ungarn).

Das Exekutivkomitee trat am 27. Februar zu seiner Konstituierung zusammen und wählte ein fünfgliedriges Bureau. Es setzt sich zusammen aus den Mitgliedern der in Bern eingeschickten Kommission, die auch das Präsidium der Wiener Konferenz bilden: Adler-Wien, Grimm-Bern, Ledebour-Berlin, Longuet-Paris, Wallhead-Manchester.

Als Sekretär wählte das Exekutivkomitee Friedrich Adler-Wien.

Sämtliche Zuschriften in Angelegenheiten der internationalen Arbeitsgemeinschaft sind an den Sekretär Friedrich Adler-Wien V, Rechte Wienzeile Nr. 97, zu richten.

Das Exekutivkomitee lenkt vor allem die Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteien auf den Beschluß der Wiener Konferenz, sofort an die Organisation von Demonstrationen und Kundgebungen zu scheitern. Die erste dieser Kundgebungen, die sich gegen die Pariser Beschlüsse, gegen den Militarismus, für die allgemeine Revision der Friedensverträge, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler Solidarität aussprechen soll, wird am 13. März in allen großen Städten stattfinden.

Metallarbeiterausperrung in Wehlar.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung der L. N.) Die Rote Fahne erfährt über eine Metallarbeiterausperrung in Wehlar aus Frankfurt a. M.: Die Zahl der Ausgesperrten ist inzwischen auf 15 000 angewachsen. Auf den Koksgruben, die die Wehlarer Metallindustrie beliefern, wurden Feuerlöschgeräte eingesetzt. Zwei weitere Hochöfen stehen trotz der Bemühungen der Reichsarbeitsministerien in den Lohnkonflikt hat sich der Arbeitgeberverband für Oberhessen ausgesprochen mit der Drohung, die Ausperrung auf ganz Oberhessen auszuweiten. Mehrere Betriebe haben erklärt, nur die Hälfte der früher beschäftigten Arbeiter, und zwar zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen zu können. Die Forderung der Kommunisten, daß die Gewerkschaften die Arbeiter geschlossen in die Betriebe hineinführen und unter Leitung der Betriebsräte die Betriebe wieder in Gang bringen sollen, findet bei den Ausgesperrten großen Anklang. Eine kommunistische Versammlung, die mit großer Mehrheit aufzunehmen ist. Es gehört nicht viel Nachdenken dazu, einzusehen, daß solche Aktion nur dann Erfolg haben kann, wenn einmal die nötigen Kräfte für die Leitung zur Verfügung stehen und wenn ferner die politische Macht in den Händen der Arbeiter ist. Morgen finden im Industriegebiet zwei kommunistische Protestversammlungen gegen die Arbeitgeberabschottung statt.

Die Londoner Verhandlungen.

Die Gegenvorschläge.

W. Oe. Ein geheimnisvolles Dunkel war diesmal über die Beratungen der deutschen „Sachverständigen“ gebreitet, in denen man ein Rezept ausfinden wollte, mit dem man die Bedürfnisse und Hoffnungen der siegreichen Völker befriedigen und gleichzeitig die deutsche Wirtschaft möglichst wenig schädigen könnte. Selbst Sensationsberichterstatter wagten diesmal nur zaghaft ihre frei erfundenen Meldungen in die Welt zu posaunen. Nur etwa so skrupellose „Journalisten“ wie der kommunistische Berliner Korrespondent der amerikanischen kapitalistischen Standardpresse wagten Ziffern über das deutsche Angebot in die Welt zu telegraphieren. Die Teilnehmer der Beratungen hielten diesmal nicht und in den Regierungsämtern war man selbst so wenig über den Verlauf der Verhandlungen orientiert, daß nichts in die Öffentlichkeit drang. Ja selbst die sonst ewig plaudernden bürgerlichen Abgeordneten, die von den deutschen Gegenvorschlägen Kenntnis hatten, haben sich diesmal zum Schweigen aufraffen können.

Jetzt, nachdem die Gegenvorschläge bekannt sind, kann man verstehen, warum diese strenge Geheimhaltung vorgenommen wurde. Die Gegenvorschläge sind auf allen Seiten mit großer Enttäuschung aufgenommen worden. Wie immer die Verhandlungen sich weiter entwickeln mögen, so wird es doch für die Zukunft wichtig sein, einmal in aller Ruhe jetzt festzustellen, was man von den deutschen Gegenvorschlägen erwarten durfte und was sie in Wahrheit gebracht haben.

Der Hauptfehler der in Paris aufgestellten Forderungen der Entente bestand in dem Experimentieren mit Ziffern, mit denen man die Augen der nationalstolisch verhetzten Massen, die auf ihren Sieg pochten und die Früchte dieses Sieges forderten, zufriedenstellen hoffte. Oder hat je ein Politiker ernsthaft daran geglaubt, daß große Nationen einen über 42 Jahre laufenden Tribut-Vertrag abschließen könnten? Hat es je in der Geschichte ein Beispiel für die Möglichkeit einer solchen politischen Ermächtigung für ihre Dauerhaftigkeit, ja auch nur für den Versuch eines solchen Vertrages gegeben? Gibt es in der Geschichte ein einziges Beispiel dafür, daß mehr als 4 Jahrzehnte vergehen, in denen die politische Situation sich nicht grundlegend geändert hat, in denen nicht alle Verträge und Abmachungen mehr als einmal durch die Wucht der wirtschaftlichen und geschäftlichen Verhältnisse gelöst oder zertrümmert und getrümmert wurden?

Diese Illusion zu zerstören durch Gegenvorschläge, die den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung trugen, die der allgemeinen weltwirtschaftlichen Krise gerecht wurden, das war die Aufgabe, die die Bearbeiter der deutschen Gegenvorschläge zu lösen hatten. Was aber haben diese „besten Köpfe des deutschen Volkes“ zustandegebracht? Sie haben das Zahlenexperiment der Ententepolitik ihren eigenen Betrachtungen zugrunde gelegt und nur noch wirre, sinnlosere Zahlenexperimente darauf aufgebaut. Das Gefährlichste aber bei diesen Vorschlägen ist, daß diese Zahlenexperimente nicht nur diese Situation nur noch verwickelter gestalten, sondern daß sie eines ehrlichen Unterhändlers nicht würdig sind. Die deutschen Gegenvorschläge legen die Summe von 226 Milliarden Goldmark zugrunde, diskontieren sie mit 8 Prozent rückwärts um 42 Jahre und errechnen so eine sofort zu zahlende Schuldsumme von 58 Milliarden Mark. Nach Abzug der bisher geleisteten Wiedergutmachungsleistungen, deren Anrechnung allerdings mit Recht gefordert werden darf, will man dann noch eine Schuldsumme von circa 85 Milliarden Goldmark anerkennen sollte das Angebot ehrlich sein, so müßte man diese 85 Milliarden sofort bezahlen können. Das ist aber nicht der Fall. Wir können selbstverständlich eine solche Summe nicht aufbringen, und deshalb versucht man, sie im Anleihenweg am internationalen Geldmarkt zu beschaffen. Selbstverständlich will man für diese Anleihe nicht 8 Prozent Zinsen zahlen, sondern einen weit niedrigeren Satz und verlangt außerdem Vorkaufsrechte für die deutsche Anleihe, so unter anderem die Steuerfreiheit. Mit andern Worten: man will einen Teil der Zinsenschuld auf die ganze übrige Welt abwälzen. Dieser Gedanke ist zunächst an sich nicht unrichtig. Wenn es überhaupt noch eine Lösung dieser kapitalistischen Krise gibt, was angesichts der heutigen wirtschaftlichen Lage höchst zweifellos erscheinen muß, so geht das nur auf dem Wege einer internationalen Verständigung über die Verteilung der finanziellen Lasten. Aber das hätte man ehrlich auszusprechen müssen und hätte nicht den Versuch machen dürfen, es auf Hintertreppen mit solchen Zahlenexperimenten zu erreichen.

Das Schlimmere aber ist, daß auch die Begehung einer 85-Milliarden-Anleihe zur Zeit völlig unmöglich ist und daß man eine Teilsanleihe von 8 Milliarden zunächst auslegen will. Die Restschuld soll aber nur mit 5 Prozent verzinst werden. Das ist ein Geschäft, das man im täglichen Leben zum mindesten als unfair bezeichnen würde. Ein Käufer, der den ihm zugesicherten Rabatt von 8 Prozent bei Barzahlung zunächst einmal von der

Raumsumme in Abzug bringt, dann aber anstatt der Barzahlung nur eine Teilzahlung leistet und die Restsumme dann anstatt mit 8 Prozent mit 5 Prozent verzinsen will, dürfte kaum einen Kaufmann finden, der willig wäre, mit ihm ein solches Geschäft einzugehen.

Das einzig wirklich Brauchbare an den deutschen Gegenvorschlägen sind die Jahreszahlleistungen im Betrage von einer Milliarde Goldmark. Hier hätte der Hebel angelegt werden müssen, hier müßten genaue bis in die Einzelfragen ausgearbeitete Gegenvorschläge unterbreitet werden, denn nur mit Hilfe dieser planmäßig organisierten Zahlleistungen, die den Bedürfnissen der durch den Krieg so schwer in Mitleidenschaft gezogenen Volksteile Frankreichs Rechnung tragen müssen, konnte der Weg der Verständigung gefunden werden. Hier aber schweigt der Sängers Höflichkeit. Und man kann Lloyd George durchaus verstehen, wenn er erklärt, daß die deutschen Vorschläge eine Verzerrung der Bedürfnisse der jetzigen politischen Situation bedeuten. Diese Leistung der „besten Köpfe des deutschen Volkes“ ist keine, auf die wir stolz sein können.

Die deutschen Gegenvorschläge haben in der Tat in der Welt, wie der Minister Simons angekündigt hat, ein Erlaunen ausgedrückt, aber ein Erlaunen über die politische Unfähigkeit, mit der unsere führenden Männer der Situation gegenüberstehen. Es ist kaum anzunehmen, ja nicht einmal zu wünschen, daß die deutschen Gegenvorschläge die Basis zu Verhandlungen in London bilden werden. Ebenso wenig sind aber die Phantasieprodukte des Herrn Lloyd George und Briand geeignet, den Weg der wirtschaftlichen Verständigung zu weisen. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Konferenz noch eine neue Basis für ihre Verhandlungen findet, denn nichts wäre ärgerlicher, als wenn die Ententepolitik jetzt in der Tat zu Sanftionen greifen würden, zu Zwangsmassnahmen, deren einzige Folge der Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens und somit der europäischen, wenn nicht der Weltwirtschaft sein würde.

Der Wortlaut der Gegenvorschläge:

London, 1. März. Die deutschen Gegenvorschläge haben folgenden Wortlaut:

„Die Pariser Beschlüsse der Alliierten vom 29. Januar 1921 sind, wie in den überreichten Denkschriften ausgeführt, wirtschaftlich und finanziell unerfüllbar. Deutschland ist jedoch bereit, bei seinen Gegenvorschlägen bis an die Grenze der Möglichkeiten zu gehen, die sich bieten würden, wenn seine Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich bessern wird. In dieser Hoffnung hält die Deutsche Regierung die Auffstellung eines Zahlungsplanes auf folgender Grundlage für möglich:

a) Der Zeitwert der von Alliierten Seite geforderten 43 Annuitäten beträgt bei der Deutschland angebotenen Rückdiskontierung der Annuitäten mit acht Prozent jährlich etwas über 50 Milliarden Goldmark. Eine ähnliche Ziffer ist auch in Neuierungen der alliierten Presse wiederholt genannt worden. Auf diese rund 50 Milliarden Mark sind die gesamten bisherigen Zahlungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages, soweit sie auf Reparationskonto gutgeschrieben sind, in Anrechnung zu bringen. Ein geringerer Abzug für die Vorleistungen würde auch Gesamtzahlungen bedingen, welche über das hinausgehen, was als zukünftige deutsche Leistungsfähigkeit verständigerweise erwartet werden kann. Es wäre zweckmäßig, wenn eine besondere gemischte Sachverständigenkommission den genauen Wert der Vorleistungen baldmöglichst feststellen würde. Durch den Abzug des Wertes der Vorleistungen von dem oben angegebenen Zeitwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Annuitäten ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen. Dieser Betrag soll baldmöglichst im Wege internationaler Anleihe beschafft werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den gesamten Betrag oder auch nur den größeren Teil desselben in nächster Zukunft durch eine einheitliche internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Teil-Mobilisierung anzufordern sein. Zu diesem Zweck schlägt Deutschland vor, eine Anleihe im möglichst großem Umfange, etwa bis zu 8 Milliarden Goldmark, auszugeben, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1—1½ Prozent nach fünf Jahren eintreten. Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren.

Abgesehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre die Zahlung einer Annuität von je 1 Milliarde Goldmark. Diese Annuitäten werden in erster Linie durch Zahlleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Befehlern eingeführt werden. Deutschland erklärt ferner erneut seine Bereitwilligkeit, durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Zahlleistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen. Der Betrag der deutschen Reparationsschuld, der nicht sofort durch die internationale Anleihe oder anderweit gedeckt ist, wird mit 5 Prozent verzinst. Wegen dieser Zinsen kommen bis 1. Mai 1926 die oben erwähnten Annuitäten von je einer Milliarde Goldmark in Anrechnung.

Der Zinsbetrag, welcher hiernach etwa noch ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1926 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die weiteren Abmachungen über die Finanzierung der Restschuld Deutschlands, insbesondere auch über die Tilgung, welche nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleiben